

Jörg Mösgen
1. Beigeordneter und Kämmerer

**Einbringung des Haushaltes 2013 für die Stadt Kamen
Sitzung des Rates der Stadt Kamen am 31.10.2012**

(es gilt das gesprochene Wort)

Den Weg fortsetzen - Möglichkeiten ausschöpfen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

alle guten Dinge sind drei. Das kam mir unwillkürlich in den Sinn als ich diese Einbringungsrede schrieb, denn es ist bereits der dritte Haushaltsplanentwurf, den ich federführend begleite. Verdient dieser Haushaltsplan das Prädikat „gut“?

Meine spontane Antwort ist „ja“. Ich stehe in diesem Jahr bereits zum zweiten Mal an dieser Stelle. Im März habe ich mit Nachdruck für das neue Haushaltssicherungskonzept geworben, das dann im Mai vom Rat verabschiedet und am 27. Juni von der Kommunalaufsicht genehmigt wurde. Damit ergibt sich eine neue Situation. Im letzten Jahr konnte ich Ihnen leider nur einen nicht genehmigungsfähigen Haushaltsplanentwurf vorlegen. Das ist in diesem Jahr zum Glück anders.

Der aktuelle Haushaltsplanentwurf zusammen mit dem HSK wird uns den Status erhalten, den uns die Kommunalaufsicht im Juni attestiert hat. Wir sind raus aus dem Nothaushalt und wir bleiben draußen. Das ist ohne Frage eine gute Nachricht!

Und die Entwicklung der Nachbarkommunen zeigt, dass unser Weg richtig war. Sie zeigt, dass es keine Alternative gibt zu dem eingeschlagenen Weg. Mir ist jedenfalls keine bekannt. Es ist ein schmaler Grat, Institutionen und Lebensqualität zu erhalten, für Jugend, Schule, Sport, Kultur.

Wer Verantwortung übernehmen will, der muss sie auch ergreifen und nicht nur darüber reden. Wer heute noch glaubt, dass man bei der Haushaltskonsolidierung warten kann, ist nach meiner Auffassung leider auf dem Holzweg. Die Schuldenschlinge wird immer enger, die Rahmenbedingungen nicht besser.

Es war richtig, dass wir die Grundsteuern Diskussion geführt und Sie gehandelt haben. Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch darauf, dass man ihnen die Wahrheit sagt, auch wenn sie unbequem ist.

Im Ergebnis hat der Rat getreu dem Verfassungsauftrag und der Grundnorm der Gemeindeordnung gehandelt. Nach § 1 der GO NRW fördern die Gemeinden das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe. Sie übernehmen Verantwortung für die zukünftige Generation.

Freie Selbstverwaltung im Nothaushalt? Das ist ein Widerspruch in sich. Sie haben das korrigiert. Generationengerechtigkeit? Die nachfolgenden Generationen werden für die Schulden ihrer Eltern und Großeltern aufkommen müssen. Wir müssen alles tun, um gegen zu steuern, und wir müssen sofort handeln.

Damit komme ich zur Kehrseite. Trotz höherer Zahlungen aus Düsseldorf und Berlin und konjunktureller Verbesserungen hat sich an der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen in NRW vom Grundsatz nichts geändert. Die sozialen Leistungen steigen ungebremst an. Die Kommunen sind die Feuerwehr, aber das Geld für ihre Ausrüstung müssen sie sich größtenteils selbst organisieren. Das führt unweigerlich zur Aufnahme neuer Schulden und zu Steuererhöhungen, die aus der Not heraus geboren sind. Steuererhöhungen, wie z.B. bei der Grundsteuer, bei der infrage gestellt wird, ob sie einer rechtlichen Überprüfung stand halten.

Seit letztem Donnerstag haben wir hierzu die erste gerichtliche Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen (Aktenzeichen: 5 K 1137/12 u.a.). Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig, aber die Argumentation ist juristisch zwingend und sie wird Bestand haben. Das Gericht kann nicht seine Beurteilung an Stelle der der Kommunen setzen. Das Gericht überprüft ausschließlich den Ermessensspielraum, ob willkürlich gehandelt wurde. Willkür, wenn man versucht, den Nothaushalt abzuwenden? Wohl kaum.

Bin ich mit der Entscheidung zufrieden? Wiederum ja und nein. Ja, weil es unsere Rechtsauffassung bestätigt und Planungssicherheit gibt. Nein, weil ich die Entwicklung natürlich mit Sorge betrachte. Steuererhöhungen sind unpopulär und sie werden als ungerecht empfunden, wenn sie dazu führen, dass die Lebensverhältnisse innerhalb unseres Landes immer weiter auseinander driften. Kann es denn sein, dass ich als Privatmann mit meiner Familienwohnung in Münster und meinem Nebenwohnsitz in Kamen zu zweierlei ganz unterschiedlichen Hebesätzen veranlagt werde? Das ist nur schwer nachzuvollziehen.

Bleibt uns eine andere Wahl? Leider nein. Die Aufwandsseite haben wir bereits 100 Mal gedreht und gewendet. Gibt es noch unentdeckte Geldquellen?

Letzte Woche ist erstmals das Aufkommen aus den neuen kommunalen Steuern wie Zweitwohnungssteuer einschl. Besteuerung von Wohn- und Campingwagen, Bettensteuer, Steuer auf sexuelle Vergnügungen veröffentlicht worden. Offiziell Bagatellsteuern, eher eine Liste der Hilflosigkeit. Sicher, einige Millionen kommen im Land zusammen. Beim Gesamtsteueraufkommen ändert sich leider aber nur der Rundungsbetrag bei der Hinterkommastelle. Schön, wenn ich für Hasso 300 Euro mehr bekomme als für Fiffi, aber das saniert keinen Haushalt.

Ich kehre noch mal zurück zu meiner Ausgangsfrage. Ist es ein guter Haushaltsplanentwurf? Ich meine ja! Im Ergebnis überwiegt bei mir ganz klar die positive Beurteilung.

Ja, es ist gut, den Nothaushalt dauerhaft verlassen zu können, denn wir konnten bereits wieder Ausbildungsplätze anbieten.

Ja, weil wir erstmals seit 2 Jahren wieder Beförderungen im Beamtenbereich aussprechen konnten. In erster Linie betraf es untere Besoldungsgruppen und jüngere Kolleginnen und Kollegen. Im Nothaushalt wäre das nicht möglich gewesen, und wir brauchen Perspektiven für die Personalentwicklung.

Ja, weil die Banken vermehrt darauf achten, wie sich der finanzielle Status entwickelt und ja, weil wir im investiven Bereich wieder freier entscheiden können.

Hätte man uns nicht den Weg eröffnet über den langen Planungszeitraum den fiktiven Haushaltsausgleich darzustellen, dann hätten wir keine Chance.

Dann wären wir ohne weitere finanzielle Hilfen in Kürze handlungsunfähig geworden und die Aufsicht hätte uns angewiesen, was zu tun ist. (Schauen Sie gelegentlich mal nach Hagen.) So können wir jedoch einen Haushaltsplan aufstellen, der uns zwar unsere Grenzen deutlich aufzeigt, uns aber ermöglicht, aus eigener Kraft zu wirtschaften.

Was das beinhaltet möchte ich Ihnen nun gerne vorstellen. Aber bevor ich auf den Produktplan 2013 eingehe, werfe ich zunächst einen Blick auf die

1. Ergebnisrechnung 2012

Im Haupt- und Finanzausschuss in der vergangenen Woche habe ich bereits meine Prognose für das Ergebnis des laufenden Jahres zum 31.12.2012 genannt.

Ich gehe davon aus, dass wir abweichend vom Plan damit rechnen können, dass das Ergebnis 2012 bei rund -17 Mio. Euro und damit etwa 1,5 Mio. Euro besser als erwartet liegen wird.

Die Steuerentwicklung ist momentan sehr erfreulich, zudem wurde der Gewerbesteuerhebesatz zum Jahresbeginn um 10 Punkte erhöht. Setzt sich die gute Entwicklung fort und kommen keine überraschenden Steuerrückzahlungen, dann ist ein Mehrertrag von rund einer halben Million Euro bei der Gewerbesteuer zum Jahresende möglich.

Ein positives Ergebnis zeichnet sich erstmals auch bei der Jugendhilfe ab. Sollten wir so deutlich hinter den Annahmen zurückbleiben, dann wäre das nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus tatsächlichen Gründen ein Grund zur Freude.

Die Nettoneuverschuldung wird sich zum Jahresende voraussichtlich in der prognostizierten Höhe bewegen, bei den Liquiditätskrediten + 6,3 Mio. Euro, bei den Darlehen + 5,2 Mio. Euro. Eine gewisse Kompensation i.H.v. rund 240.000 Euro wird sich aufgrund des günstigen Zinsniveaus ergeben.

Durch die Krankenhausfusion der Hellmig gGmbH zum 1.1.2013 tritt der Einmaleffekt auf, dass wir eine Darlehensforderung i.H.v. 1 Mio. Euro ausbuchen. Im Gegenzug wird die Stadt Kamen durch einen höheren Beteiligungswert an dem Klinikum Westfalen entschädigt, aber erst in 2013.

Ich habe Ihrer Tischvorlage einige aussagekräftige Zahlen und Übersichten beigefügt, so dass ich um Verständnis bitte, wenn ich mich auf diesen kurzen Abriss beschränke.

2. Produktplan 2013

Starten wir mit dem Wichtigsten und das ist beim Ergebnisplan das, was hinten raus kommt. Das voraussichtliche Jahresergebnis 2013 beziffere ich mit rund -12 Mio. Euro, exakt 12.014.650 Euro. Das ist ein beachtlicher Schritt in die richtige Richtung, um mittelfristig endlich unter 10 Mio. Euro Fehlbetrag zu kommen.

Auf der Ertragsseite ist wie immer die Gewerbesteuer ein entscheidender Posten. Die gute wirtschaftliche Entwicklung hat uns bestärkt, den Ansatz auch im kommenden Jahr und danach moderat anzuheben; in 2013 auf 15 Mio. Euro. Niemand ist im Moment in der Lage sagen zu können, wie sich die volkswirtschaftliche Situation entwickelt. Zur Erinnerung, wir sind immer noch weit entfernt von dem Spitzenwert in 2008. Der Gewerbesteuerhebesatz in Kamen wird im kommenden Jahr dem durchschnittlichen Wert im Kreis Unna entsprechen. Die Bandbreite erstreckt sich von 440 (Selm) bis 490 (Lünen).

Ich habe Ihnen vergleichende Übersichten über die Steuerentwicklung im Kreis zusammengestellt. Bitte beachten Sie, dass sich die Beträge ab 2013 in der parlamentarischen Diskussion noch ändern können. Bei einer Kommune konnte ich die richtigen Zahlen noch nicht veröffentlichen, aber die Durchschnittswerte berücksichtigen die Planungen.

Ich finde es nach wie vor richtig, die Hebesatzhöhe langfristig stabil zu halten, hat diese Steuer doch eine standortrelevante Auswirkung auf Unternehmensansiedlungen. Die Lösung kann nach meiner Auffassung nur in der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage liegen, über die in Berlin entschieden werden muss.

Neben der Gewerbesteuer rückt nun die Grundsteuer zunehmend in den Fokus der Betrachtung. Das Aufkommen mit fast 8 Mio. Euro entspricht in etwa der Hälfte der Gewerbesteuer. Innerhalb weniger Monate nach der Ankündigung von 580 Hebesatzpunkten in Kamen sind wir aus der Spitzengruppe im Kreis schon schnell ins Mittelfeld abgefallen und liegen 2013 rechnerisch bereits unter dem Kreisdurchschnitt. Selm liegt mit 825 noch an der Spitze, aber Unna hat schon angekündigt, dass 2015 ein Wert von 895 geplant ist.

Ein großes Rätsel ist die Auswirkung dieser Zahlen auf die Schlüsselzuweisungen. Die kreisangehörigen Städte heben die Steuern aus der Not heraus an. Es wäre fatal, wenn sich diese vermeintliche „Steuerstärke“ am Ende negativ bemerkbar machen würde bei den Schlüsselzuweisungen. Wir haben das wiederholt mit der Aufsicht erörtert und warten die Entwicklung ab; zu den Schlüsselzuweisungen später noch ausführlich.

Erwähnenswert ist der Ertrag aus der „Auflösung Sonderposten Krankenhaus“ mit rund 13 Mio. Euro, und bei den Finanzerträgen entfallen weitere 3,4 Mio. Euro auf die Hellmig gGmbH. Einige Folien später werden Sie auf der Aufwandsseite das Pendant bemerken, „Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen“. Das sind die bilanztechnischen Konsequenzen aus der Einbringung unseres Krankenhauses in den neuen Konzernverbund Klinikum Westfalen. Ich bin sehr froh, dass der nach meiner Wahrnehmung positiv verlaufende Prozess der Verschmelzung keine bilanztechnischen Probleme aufgeworfen hat, die die Fusion zusätzlich erschwert hätten.

Der Ansatz für die Erträge aus dem Anteil an der Einkommensteuer und Kompensationsleistungen wurde aus dem in den Orientierungsdaten des Landes prognostizierten Steueraufkommen errechnet. Auch die Steigerungsraten für die Ansätze der Folgejahre wurden mit den vom Land geschätzten prozentualen Veränderungen ermittelt.

Schlüsselzuweisungen

Ich erinnere daran, dass wir im letzten Jahr zu dieser Zeit hinsichtlich der Schlüsselzuweisungen und der Kreisumlage noch im Dunkeln tappten. Dieses Jahr kenne ich zwar die Zahlen, aber sie sind ernüchternd.

2013 werden die Schlüsselzuweisungen des Landes mit 8,7 Mrd. € einen Rekordwert erreichen (+3,5%). Das hatte bei uns die Hoffnung genährt, dass auch für uns ein größeres Stück vom Kuchen abfällt. Mitnichten.

210 Kommunen in NRW bekommen 2013 weniger als 2012. Allein die Kommunen im Kreis Unna werden 2013 rund 22 Mio. Euro weniger erhalten (-13,6%). Dummerweise sind auch wir mit von der Partie. Die Stadt Kamen erhält rund 3 Mio. Euro weniger als wir auf Basis und nach den Prozentsätzen des Orientierungsdatenerlasses vom November 2011 gerechnet haben (-11,3%). Das ist eine Größenordnung, die für uns ein echtes Problem darstellt. Teilweise korreliert diese Entwicklung mit der erfreulichen Steuerkraftentwicklung gerade bei uns im Kreis. Hiermit ist das Phänomen aber nur z.T. zu erklären.

Obwohl das Land das Problem der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen jetzt endlich erkannt hat und mit Geld und Gesetzesänderungen systematisch gegensteuert, reichen die Unterstützungszahlungen bei weitem nicht aus, um die jährliche Unterdeckung zu schließen. Sie liegt nach wie vor bei 2,5 Mrd. Euro jährlich.

Das Land stößt bereits an verfassungsrechtliche Grenzen. Die schuldenbegrenzenden Regelungen des Bundes- und der Länder (Fiskalpakt/Schuldengrenze) werden die Situation zukünftig eher verschärfen. Das Land allein kann die zunehmende Aufgabenübertragung mit den daraus folgenden finanziellen Mehrbelastungen vor allem im sozialen Bereich nicht kompensieren. Der Bund bestellt weiterhin die Musik, wir bezahlen. Das Konnexitätsgebot existiert nur auf dem Papier.

Aber es gibt auch eine hausgemachte Problematik in NRW. Es läuft kräftig was schief und das betrifft die Verteilungsgerechtigkeit in NRW.

Das System erkennt den einwohnerstarken Städten immer höhere Finanzbedarfe zu und über den kommunalen Finanzausgleich erfolgt eine gigantische Umverteilung von Mitteln in den kreisfreien Raum. Seit dem Jahr 2000 sind die Schlüsselzuweisungen für kreisfreie Städte um 48,7%, die der kreisangehörigen Städte dagegen nur um 3,5% gestiegen.

Fragwürdig sind auch die Kreisschlüsselzuweisungen. Ein Beispiel. Der sicher nicht zu den strukturschwachen Regionen zählende Kreis Steinfurt, Kreisumlagehebesatz 34,1%, erhält 131 Euro/Einwohner, zum Vergleich Kreis Unna: Hebesatz 47,8%, 61 Euro/Einwohner. Ähnliches gilt für den Kreis Borken.

Die Landesregierung hat zugesagt, diese Themenfelder im Rahmen der Umstrukturierung des GfG 2014 anzugehen. Ich hoffe sehr, dass wir davon profitieren.

Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen sind im Mehrjahresvergleich annähernd identisch strukturiert. Das Gesamtvolumen fällt mit 119 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr deswegen deutlich höher aus, weil sich - ich erwähnte es bereits - die einmalige Umstrukturierung der Beteiligung des Hellmig-Krankenhauses bemerkbar macht.

Die Kreisumlage wird im kommenden Jahr den Spitzenplatz als größter Aufwandsposten einnehmen und sogar die Personalaufwendungen überholen. 2013 werden wir 25,3 Mio. Euro an den Kreis überweisen.

Der Kreis verfügt selbst über fast kein Eigenkapital mehr und bewegt sich hart an der Grenze zur Überschuldung. Ich will an dieser Stelle dahingestellt sein lassen, ob die Sparanstrengungen den unsrigen entsprechen oder ob da noch „Luft“ ist. Jedenfalls ist der Kreis seinerseits mit den höheren Forderungen des Landschaftsverbandes konfrontiert. 2013 wird der Hebesatz der Landschaftsumlage angehoben, um eine Deckungslücke von 54 Mio. Euro zu schließen. Ursache ist ein weiterer Fallanstieg im Bereich Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen; auch hier eine Folge der demographischen Entwicklung. Für den Kreis ergeben sich dadurch Mehrzahlungen von über 4 Mio. Euro, die im Ergebnis 1:1 auf die kommunale Ebene durchgereicht werden.

Nicht genug damit, denn beim Kreis sind die Aufwendungen für ebensolche und andere soziale Leistungen ebenfalls um mehr als 7 Mio. Euro angestiegen. Unsere Hoffnung, dass wir von den Entlastungen des Bundes bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung profitieren würden, hat sich damit als trügerisch herausgestellt. Der Einspareffekt ist schlichtweg auf Kreisebene verpufft. Für Kamen bedeutet das eine unerwartete Steigerung von annähernd 800.000 Euro. Kein Trost, dass es den Kämmererkollegen ähnlich ergeht, insgesamt hatten wir kreisweit mit einer 9 Mio. Euro geringeren Zahllast gerechnet.

Geht das so weiter? Ich befürchte ja.

Ich denke z.B. an die Kosten der Eingliederung Behinderter in den allgemeinen Schulbetrieb (Inklusion). Hier handelt es sich ohne Frage um eine gesamtgesellschaftlich wichtige Aufgabe, aber die ist nicht zum Nulltarif zu haben. Es wäre schlecht, wenn diese Aufgabe wieder so gestaltet würde, dass die Kommunen auf den Kosten sitzenbleiben.

Damit komme ich zum Darlehensmanagement.

Das statistische Bundesamt hat gerade die Ergebnisse zur öffentlichen Verschuldung zum Ende des 2. Quartals 2012 bekannt gegeben. Danach erhöhte sich die kommunale Verschuldung im Vergleich zum Vorjahresquartal um 3,7 % auf 133 Mrd. Euro. Die Kassenkredite erreichten einen neuen Höchststand von 47,9 Mrd. Euro. Die Kommunen in NRW weisen am Stichtag einen Kassenkreditstand von 24,26 Mrd. Euro aus. 450 Mio. Euro davon entfallen allein auf die Kommunen im Kreis Unna.

2012 habe ich wieder mehrere Gespräche mit den Kreditgebern geführt. Es wirkt sich positiv aus, dass wir seit Jahren unsere Abschlüsse so zeitnah erstellen und alle Bemühungen unternommen haben, dem Nothaushalt wieder zu entfliehen. Gleichwohl zeichnet sich ab, dass die Banken ihre Vergabekriterien zunehmend restriktiver handhaben. Die Anzahl der Institute, die sich an Ausschreibungen beteiligt wird kleiner. Der Bestand der Liquiditätskredite

wird sich leider weiter erhöhen und am Jahresende 2013 voraussichtlich erstmals die Grenze von 60 Mio. Euro überschreiten. Im Gegenzug ist geplant, erstmals seit 5 Jahren wieder Darlehen zu tilgen. Die Umschuldung ist sinnvoll, da für Liquiditätskredite wesentlich günstigere Zinssätze gelten. Im Vergleich zu 2012 bleiben wir im kommenden Jahr bei der Nettoneuverschuldung deutlich hinter dem diesjährigen Wert zurück. Es gelingt uns damit den Anstieg der Schulden zu verlangsamen.

3. Investive Maßnahmen 2013

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit der Genehmigung des HSK entfällt die Notwendigkeit der Priorisierung von investiven Maßnahmen, die mit der Aufsicht abgestimmt werden müssen. Ich möchte es ausdrücklich betonen: der Rat der Stadt Kamen entscheidet nun wieder selbständig über Art und Umfang der Investitionen.

Der Haushaltsplanentwurf enthält eine Vielzahl von Maßnahmen, die wohlüberlegt mit Blick auf die finanziellen Möglichkeiten der Stadt ausgewählt worden sind. Nachdem alle Abteilungen des Hauses Ihren Bedarf angemeldet haben, beginnt ein langer Prozess bis sich herauskristallisiert, welche Maßnahmen im Wettbewerb untereinander Bestand haben. Kein Gießkannenprinzip, sondern klare Entscheidung über Notwendigkeit, Zeitpunkt und Höhe. Sie wissen es, ich möchte es noch einmal wiederholen: Das Ziel ist der Haushaltsausgleich und da darf uns unterwegs nicht das Eigenkapital verloren gehen. Die Korsettstangen sind eng und sie drücken und das wird sich auch die nächsten Jahre nicht ändern. Vieles geht, aber nicht alles. Nicht alles was sinnvoll und wünschenswert ist, ist realisierbar. Leider!

Lassen Sie mich ein Beispiel anführen. Wärmeverbundsysteme können nicht mehr allein unter dem Gesichtspunkt der energetischen Sanierung gesehen werden. In Literatur und Praxis setzt sich vermehrt die Ansicht durch, bei älteren Gebäuden einen höheren Energiebedarf zu akzeptieren. Ausgehend von einer Haltbarkeit von 20-25 Jahren und dem Problem, diese Stoffe anschließend aufwändig als Sondermüll zu entsorgen, ist es schlicht unwirtschaftlich, alle städtischen Gebäude zu dämmen; zumal wir nie die betriebswirtschaftlichen Effekte der langen Abschreibungszeiträume aus den Augen lassen dürfen. Aber das sind Details.

Werfen wir einen Blick auf die begonnenen und die neu beginnenden wesentlichen Projekte in dieser Stadt. Ich bin davon überzeugt, dass niemand in der Bevölkerung ernsthaft den Eindruck hat, wir treten auf der Stelle.

Sogenannter Netzschluss innerer Ring. Ich beobachte den täglichen Baufortschritt in der Bahnhofstraße und freue mich, dass es gelingt, eine städtebauliche Verbindung zur Innenstadt herzustellen. Endlich kommt die schöne Gründerzeitarchitektur dieser Straße richtig zur Geltung. Aber auch innen tut sich was. Die Arbeiten in den Gebäuden der Familienbande sind bereits weit fortgeschritten. 2013 wird dieses Leuchtturmprojekt seiner sinnvollen Bestimmung übergeben werden können. Mit der Gestaltung des multifunktionalen Platzes unter der Hochstraße wird der Bereich abgeschlossen.

Folgen wir dem Verlauf der Straße sollte man auch die gelungene technisch und optische Sanierung des Rathauses erwähnen. Leider fehlt uns im kommenden Jahr das Geld zu einer Sanierung des ehemaligen Ratssaales, kleinere Investitionen in die Sitzungssäle für Ausschüsse und Fraktionen sind aber vorgesehen.

Bis hin zum Bahnhof ist eine städtebaulich überzeugende Lösung gelungen. Selbst die Bahnhofsunterführung ist nun bunt und behindertengerecht.

Und lassen Sie mich etwas besonders Erfreuliches zur Maßnahme „Bahnhofsumfeld“ ausdrücklich hervorheben. Das gesamte Projekt war veranschlagt mit 8,5 Mio. Euro. Es zeichnet sich ab, dass wir am Ende nicht nur mit diesem Betrag auskommen werden, wir werden sogar deutlich unter dem Ansatz bleiben. Bei dieser Größenordnung ist das nicht selbstverständlich, wie Sie wissen. Ein großes Lob an die Kolleginnen und Kollegen des Fachbereichs.

Stichwort Straßenbau. 2013 stehen umfangreiche Straßensanierungen an: Derner Straße, Germania Straße, Nordring sowie die Umbaumaßnahmen an der Hochstraße auf der Südkämener Seite. Maßnahmen, die mit Bundes- und Landesmitteln gefördert werden, denn allein könnten wir solche Projekte nicht mehr stemmen.

Auch wenn nicht investiv, sollten wir nicht vergessen, dass wir kontinuierlich dabei sind, die schlimmsten Mängel im Straßennetz zu beseitigen.

Bitte vergessen Sie auch nicht die umfangreichen Kanalsanierungsarbeiten wie bspw. gerade in der Königstraße, die für die Anwohner mit dem Nebeneffekt verbunden sind, dass sie anschließend vernünftige Straßen vorfinden.

Stichwort Sesekerenaturierung. Nicht nur gelbe Enten haben wieder ihre Freude an der einstigen Kloake. Auch der Bürger ist Nutznießer der innerstädtischen Wohnumfeldverbesserung. Mit dem städtebaulichen Wettbewerb ist der Startschuss gegeben, diesen Bereich noch zu verschönern. Entsprechende Mittel finden Sie im Plan. Wir nutzen die erheblichen Zuschüsse.

Stichwort Verschönern. Am Kämertor beobachten wir gerade wie ein Schmetterling dabei ist, seinem Kokon zu entschlüpfen. Allen Unkenrufen zum Trotz wird in diesen Tagen das Parkhaus Kämerstrasse frisch saniert wieder eröffnet, und das, ohne den Haushalt zu belasten. Wir sind uns natürlich alle einig, dass auch das Gebäude in der Nachbarschaft, endlich sein Raupenstadium beenden muss. Es bedarf keiner weiteren Kommentierung, dass der BM auch weiterhin alles in seiner Macht stehende tut, um für Hertie eine Lösung zu finden.

Eine andere Baustelle dagegen wird 2013 beseitigt oder besser gesagt, sie nimmt Formen an. Dann nämlich erfolgt der Baubeginn auf dem ehemaligen Hülpert Gelände im Kamen Karree; auch hier erfreulicherweise ohne Beteiligung des städtischen Haushalts.

Stichwort Schulen. In Heeren werden die Arbeiten an der Astrid-Lindgren-Schule fortgesetzt; ebenso investiert wird an der Gesamt- und an der Realschule sowie an der Regenbogen-Kita. Und auch die schulische Unterstützung im eigentlichen Sinne kommt nicht zu kurz. Erhebliche Mittel sind vorgesehen für die Anschaffung von Hard- und Software, für das Lernen mit neuen Medien.

Stichwort Feuerwehr. In Methler haben wir erheblich investiert, um damit den letzten Kämener Feuerwehrstandort auf den Stand der Technik zu bringen. 2013 wird das Projekt mit

der Sanierung des Altbaus abgeschlossen. Zusätzlich werden erhebliche Mittel bereitgestellt für die Umstellung auf Digitalfunk.

Stichwort neue Fahrzeuge. Diese Position finden Sie leider nur noch sporadisch und für dringend erforderliche Ersatzbeschaffungen. Bei den angespannten finanziellen Rahmenbedingungen spielt die fiktive Nutzungsdauer keine Rolle mehr. Das Ziel besteht zwar nicht, auf „H“-Kennzeichen umzustellen, aber für Vorsorge ist kein Raum mehr. Fällt ein Gerät aus, muss ggfs. im Wege der Dringlichkeit über die Ersatzbeschaffung entschieden werden.

Die Gesamtmenge der Investitionen beläuft sich auf rund 7,8 Mio. Euro. Nach Abzug von Fördermitteln, Pauschalen etc. verbleibt ein Selbstbehalt von lediglich 172.000,- Euro. Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem Haushaltsplanentwurf.

4. Hochrechnung bis 2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

zusammenfassend ist festzustellen, dass das negative Jahresergebnis 2013 isoliert betrachtet der Genehmigung des Haushaltsplans entgegenstehen würde. Seit der Änderung des § 76 der Gemeindeordnung im Juni 2011 ist die Genehmigung jedoch bekanntlich zulässig, wenn der Haushaltsausgleich innerhalb eines Zeitraums von 10 Jahren erreicht wird.

Aus der Ergebnissimulation können Sie ersehen, dass sich die Jahresfehlbeträge kontinuierlich bis zum Jahr 2021 reduzieren und nach heutiger Einschätzung voraussichtlich 2022 erstmalig ein Gewinn erzielt wird. Das entspricht annähernd der Prognose, die ich Ihnen bereits im März vorgestellt habe. Parallel dazu können Sie der Simulation des Eigenkapitals entnehmen, dass auch die zweite gesetzliche Bedingung erfüllt wird, denn am Ende des Zeitraums ist die bilanzielle Überschuldung noch nicht eingetreten.

Die zugrundegelegten Eckdaten und Schätzungsgrundlagen entsprechen den Vorgaben des Innenministeriums und sind mit dem Kreis Unna abgesprochen. Ich möchte damit ausdrücklich dem Vorwurf der Schönrechnerei entgegen treten, der hier im Mai erhoben wurde. Die Art und Weise, wie die sinkenden Schlüsselzuweisungen und die steigende Kreisumlage aufgefangen werden konnte, zeigt, dass der Weg auch die eine oder andere Belastung aushält.

Fazit: ich bin davon überzeugt, dass die Kommunalaufsicht die Haushaltssatzung 2013 und das fortgeschriebene HSK 2013 genehmigen wird.

5. Gebührenhaushalte

Wie gewohnt zum Schluss meines Vortrages der Blick auf die Gebührenhaushalte. Dieser Teil ist für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürgern von besonderem Interesse, und ich bin mir im Klaren, dass die Entwicklung der sogenannten zweiten Miete von vielen mit Sorge beobachtet wird. Verständlich, angesichts der aktuellen Diskussion um steigende Energiekosten und steigende Steuern.

Lassen Sie mich daher beginnen mit den Grundbesitzabgaben, bevor ich zu den übrigen Gebühren komme. Auch in diesem Jahr der Hinweis, dass ich der Beschlussfassung des Betriebsausschusses nicht vorgreifen möchte, denn der Wirtschaftsplan wird erst am 19. November eingebracht. Ich denke, es ist aber erlaubt, der Vollständigkeit halber auch eine Prognose für die Gebühren der Stadtentwässerung zu wagen.

Gäbe es nicht den Anstieg bei der Grundsteuer könnte ich Ihnen heute eine rundum erfreuliche Mitteilung machen. Die Grundbesitzabgaben werden nicht teurer. Es ist möglich, sämtliche Gebühren für die Straßenreinigung, die Müllbeseitigung und die Stadtentwässerung unverändert zu lassen.

Ich denke, das ist ein gutes Signal für den Bürger, dass wir alle kalkulatorischen Möglichkeiten des KAG ausschöpfen, um den unvermeidlichen Anstieg der Grundsteuer etwas aufzufangen.

Hinsichtlich der anderen Gebühren kann ich mich ebenfalls kurz fassen. Sowohl die Bestattungsgebühren als auch die Gebühren für die Märkte und beim Rettungsdienst bleiben konstant. Einzelheiten der Kalkulation habe ich der Tischvorlage beigelegt.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

im letzten Jahr habe ich gesagt, dass wir mit dem Haushaltsplanentwurf noch weit entfernt vom ausgeglichenen Haushalt sind. In diesem Jahr kann ich ergänzen, wir sind der „schwarzen Null“ ein Jahr näher gekommen. Das Ziel der nächsten Jahre wird unverändert darin bestehen, die Überschuldung abzuwenden und den Haushaltsausgleich zu erreichen.

Niemand hier im Saal wird daran zweifeln, dass noch ein langer beschwerlicher Weg vor uns liegt, und wir wissen nicht, welche Steine man uns bis dahin noch in den selbigen legen wird. Allerdings sehe ich keine Alternative dazu, die begonnenen Schritte fortzusetzen.

Schließen möchte ich mit dem Dank an die Kolleginnen und Kollegen. In diesem Jahr ist mir das ein besonderes Bedürfnis.

Das Jahr 2012 war davon geprägt, dass mit der Erstellung des HSK im Frühjahr erstmals „quasi“ zweimal im Jahr ein Haushalt aufgestellt werden musste. Damit verbunden waren eine Vielzahl von Nebenarbeiten, denn wir beplanen nun nicht mehr nur ein Jahr, sondern einen langen Zeitraum; zudem war es ein Wahljahr, zwei bedeutende Fusionen - Krankenhaus und Sparkasse waren zu meistern - und nicht zuletzt die unverändert angespannte Haushaltsslage führen zu einer permanenten Mehrbelastung.

Ich wünsche Ihnen für Ihre Beratungen in den nächsten Wochen viel Erfolg. Die Verwaltung steht Ihnen wie immer mit Rat und Tat zur Verfügung.

Herzlichen Dank und Glück auf.